

Nicht nur ein paar faule Äpfel

Die Kirche in Irland bleibt durch Kindesmissbrauch gezeichnet

Gegen die katholische Kirche in Irland werden in verschiedenen Ermittlungsberichten schwere Missbrauchs-Vorwürfe erhoben. Tausende Kinder sind demnach in kirchlichen Einrichtungen von Ordensleuten und Priestern missbraucht worden. Für die Kirche stellen sich damit auch eine Reihe theologischer Fragen.

In diesem Sommer geriet die Kirche in Irland erneut in Aufruhr, konfrontiert mit einem weiteren dunklen Kapitel in dem Drama um Kindesmissbrauch durch Priester und Ordensleute. Ein Untersuchungsbericht der Regierung zum Kindesmissbrauch innerhalb der Kirchen war im Mai veröffentlicht worden, bezeichnet als Ryan-Bericht nach dem für die Untersuchung zuständigen Richter. Eine weitere Untersuchung wurde jüngst abgeschlossen; ihre Ergebnisse wurden der irischen Regierung am 21. Juli vorgelegt.

Allerdings wurde der Bericht noch nicht veröffentlicht, weil der Oberste Gerichtshof Irlands befürchtet, die Veröffentlichung

Der habilitierte Theologe **Ramonn Conway** ist Priester der irischen Erzdiözese Tuam und leitet das „Department of Theology and Religious Studies“ am „Mary Immaculate College“ der Universität von Limerick. Conway ist Präsident der Europäischen Gesellschaft für Katholische Theologie.

könne Einfluss nehmen auf laufende einschlägige Strafverfahren gegen Priester. Dieser so genannte „Dublin-Bericht“ listet dabei über 400 Fälle auf, in denen Diözesanpriester des größten irischen Bistums des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen beschuldigt werden. Besonders beunruhigend

dabei ist, dass es sich oft wohl um Mehrfachtäter handelt und das Ausmaß von sexuellem Missbrauch durch Priester in der Erzdiözese Dublin somit noch viel größer ist.

Eine andere irische Diözese wird gerade einer gleichfalls vom Staat verfügten Untersuchung unterzogen, und mit Blick auf den Dublin-Bericht lässt sich erwarten, dass der Ruf nach weiteren Untersuchungen auch in anderen Diözesen nicht ausbleiben wird. Es scheint, dass diese Schreckensgeschichte des sexuellen Missbrauchs von Kindern durch Priester und Ordensleute die kirchliche Landschaft in Irland für absehbare Zeit beherrschen wird.

Eine Kultur des sexuellen Missbrauchs

Der im Frühjahr veröffentlichte so genannte Ryan-Report wurde von einer Kommission erstellt, die vom irischen Parlament bereits im Jahr 2000 eingesetzt worden war, vorrangig um Gewalt und sexuellen Missbrauch sowie die Vernachlässigung von Kindern in ungefähr 100 von der Kirche getragenen

Einrichtungen zu untersuchen (vgl. HK, Januar 2004, 11ff.) Der Bericht umfasst fünf Bände, überwiegend direkte Aussagen und Zeugnisse von Opfern selbst. Mit den oft detaillierten Beschreibungen beschert er eine entsetzliche Lektüre.

Unbestreitbar belegt der Bericht, wie sehr körperlicher und seelischer Missbrauch sowie die Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen diese Einrichtungen geprägt haben und wie sehr auch sexueller Missbrauch in vielen der Einrichtungen für Knaben quasi dazugehört hat. Die Untersuchungskommission wirft den Orden, die die Einrichtungen betrieben haben, gleichfalls vor, diese aus finanziellen Gründen am Leben gehalten zu haben, gelegentlich gar die Einweisung von Kindern durch den Staat deshalb sogar verlängert zu haben. Laut dem Bericht herrschte in den von männlichen und weiblichen Orden getragenen Einrichtungen eine Atmosphäre der Angst, die herrührte von exzessiven und höchst gewalttätigen körperlichen Bestrafungen, die regelmäßig und willkürlich verhängt wurden.

Sexueller Missbrauch kam demnach in den Schulen für Jungen geradezu systematisch und endemisch vor. Unwiderlegbar wird beschrieben, dass viele Opfer, die sich beschwerten, entweder ignoriert oder sogar bestraft wurden. Die straffälligen Kollegen und ihre Vorgesetzten machten gemeinsame Sache, um den Missbrauch zu vertuschen. Gleichermaßen gab es auch so etwas wie eine „Kultur des sexuellen Missbrauchs“ in den Knabenschulen in dem Sinne, dass jüngere Schüler oft zur leichten Beute für ihre älteren Mitschüler wurden, die sie ebenfalls sexuell missbrauchten.

Was die Vernachlässigung der Kinder und Jugendlichen angeht, belegt der Bericht extreme harte körperliche, ja inhumane Bedingungen, unter anderem völlig ungenügende Nahrung und Kleidung. Dabei zeigt die Kommission, dass diese Behandlung der Schüler keinesfalls mit fehlenden finanziellen Mitteln bei den Schulen tragenden Orden erklärt werden kann. Ebenso dokumentiert der Bericht, dass die Kinder kaum unterrichtet und oftmals als billige Arbeitskräfte missbraucht wurden – wovon die Schulen finanziell deutlich mehr profitierten, als wenn die Kinder und Jugendlichen im Klassenzimmer gesessen, gelernt und sich auf einen künftigen Beruf vorbereitet hätten.

Die staatliche Seite wird kritisiert, Beschwerden über Missbrauch ignoriert zu haben oder diesen nicht angemessen

nachgegangen zu sein, und der Bericht beschuldigt die einschlägigen staatlichen Stellen auch, eine übertrieben respektvolle Haltung gegenüber Ordensleuten gezeigt zu haben. Staatliche Überprüfungen seien sowohl selten als auch wenig effektiv gewesen, und selbst wenn Fälle von Missbrauch staatlichen Stellen bekannt wurden, hat man ihnen kaum Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Reaktionen bei ganz gewöhnlichen Menschen von der Straße auf diesen Bericht fielen unterschiedlich aus: Jüngere Menschen reagierten eher still. Für sie liest sich der Bericht wie ein Stück aus einem weit entfernten unbekannten Land. Ohnehin schon deutlich distanziert gegenüber der Kirche, sehen sie sich bestätigt in ihrem Urteil, dass die Kirche autoritär, irrelevant für ihr Leben und tendenziell repressiv sei.

Viele ältere Menschen, besonders jene, die bis zu den achtziger Jahren in die Schule gingen, erinnerten sich an eigene Erfahrungen in kirchlichen Schulen, in denen ein Klima der Angst vorgeherrscht habe. Sie haben ihre eigenen Erlebnisse psychischen oder körperlichen Missbrauchs und in einigen Fällen können sie sich auch an sexuellen Missbrauch erinnern – zumindest als etwas, von dem man seinerzeit immer wieder gemunkelt hat. Bei dieser Generation wirkte der Bericht wie ein Katalysator, der Erinnerungen an Verletzungen zurückbringt, befördert und bestätigt. Solche schmerzvollen Erfahrungen im Schulalter konnten sich zu einer entfremdenden und destruktiven Frömmigkeit entwickeln, befördert durch ein Verständnis von Gott als einem strengen, rachsüchtigen und strafenden.

Haben die Orden die Tragweite der Beschuldigungen unterschätzt?

Die Medien konzentrierten sich nach Erscheinen des Berichts auf die 18 Orden, die die Trägerschaft jener Institutionen gehabt hatten, in denen es zu den Missbrauchsfällen gekommen war. Diese Orden, darunter weltweit verbreitete wie die „Christian Brothers“ und die „Mercy Sisters“, gerieten damit unter zunehmenden Rechtfertigungsdruck. Zunächst antworteten sie darauf nur über ihre Dachorganisation. So veröffentlichte die Konferenz der Orden in Irland (Conference of Religious of Ireland) eine uneingeschränkte Bitte um Entschuldigung für den von ihren Mitgliedern verübten Missbrauch. Jedoch stand rasch die Frage nach Entschädigungszahlungen für die Opfer im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses.

Im Jahr 2002 hatte die irische Regierung einen Plan zur Entschädigung der Opfer aufgelegt. Die Orden hatten dabei mit der Regierung ausgehandelt, dass ihr Beitrag zu diesen Entschädigungszahlungen auf 127 Millionen Euro gekappt werden solle. Allerdings hat die für die Wiedergutmachungsleistungen eingesetzte Organisation bereits rund 926 Millionen Euro gezahlt, wobei sich allein die Rechtsanwaltskosten auf 140 Millionen Euro beliefen. Insgesamt werden sich die Kompensationszahlungen wohl auf über anderthalb Billionen Euro

summieren. Nachdem aber erst einmal der schreckliche Katalog des Missbrauchs mit der Veröffentlichung des fünfbändigen Ryan-Berichts bekannt geworden war, gerieten die Orden verständlicherweise unter massiven Druck, ihren finanziellen Beitrag zu den Entschädigungszahlen deutlich zu erhöhen.

Zunächst jedoch weigerten sich die Orden, solche Forderung überhaupt wahrzunehmen. Sie erklärten, dass man sich, anstatt die Diskussion über Wiedergutmachungsleistungen erneut zu führen, lieber selbst verpflichte, mit denen zu arbeiten, die unter ihrer Obhut gelitten hätten. Genau an diesem Punkt aber wird die Sache im Blick auf die Kirche interessant.

Angeführt vom damals erst designierten Erzbischof von Dublin, *Diarmuid Martin*, kritisierte eine Reihe von Bischöfen und diözesanen Autoritäten, unter ihnen ein Priester, der Berater des Primas von Irland und Erzbischofs von Armagh, Kardinal *Sean Brady*, ist, die Orden und mahnten sie, ihre Position zu überdenken. Es folgten hektische Treffen zwischen Ordensleuten und Bischöfen und man wechselte harte Worte hinter geschlossenen Türen. Ein kurzfristig anberaumter Termin mit dem päpstlichen Nuntius führte zu einem Besuch der beiden ranghöchsten irischen Bischöfe, Brady und Martin, beim Papst. Feindselige Worte gingen aber auch in der Presse zwischen Ordensleuten und Bischöfen hin und her.

Erzbischof Martin entschied sich zu dem ungewöhnlichen Schritt, einen Kommentar in der Tageszeitung „The Irish Times“ zu veröffentlichen (25.5. 2009). Darin wandte er sich direkt an die Orden: „Ich denke Sie haben sich zu prüfen und ehrlich zu antworten auf die Frage, die der Ryan-Bericht an Sie richtet: Was ist geschehen, dass Sie sich so weit von ihrem eigenen Charisma entfernen konnten? Ich bin überzeugt, Sie schulden es Ihren aufrichtigen Ordensangehörigen, eine Antwort zu versuchen in einer sorgfältigen, ehrlich und transparenten Art und Weise. Ihre Glaubwürdigkeit sowie die Glaubwürdigkeit und das Fortbestehen Ihres Ordenscharismas hängen von der Ehrlichkeit ab, mit der Sie an diese Seelenprüfung herangehen (...) Die Fakten liegen nun klar vor und Sie müssen diese wahrnehmen. (...) Eine Übereinkunft mit der Regierung wurde vor sieben Jahren getroffen. Die Tatsache, dass sie Ihren Teil an dem Abkommen bisher noch nicht erfüllt haben, ist erstaunlich. Es mag ein paar rechtliche Schwierigkeiten geben, aber diese stellen eine wirklich dürftige Entschuldigung nach so vielen Jahren dar. Was immer geschieht, was ein neues Aushandeln dieses Abkommens betrifft, Sie können die Dinge nicht lassen wie sie sind. Es gibt eine Menge Möglichkeiten, durch angemessene finanzielle Aufwendung eine Unterstützung der Überlebenden und ihrer Familien zu Stande zu bringen, vielleicht auf ungewöhnlichen Wegen, die Ihr eigenes Charisma wieder herstellen würden als Erzieher und Lehrer der Armen.“

Erzbischof Martin hatte dabei den Vorteil, erst vor kurzem die Szene der irischen Kirche betreten zu haben, nachdem er den Großteil seiner Zeit als Priester in der römischen Kurie verbracht hatte. Viele Gläubigen fühlten sich erleichtert, dass endlich sich ein Kirchenführer anschickte, klar und deutlich zu

sagen, was zu sagen ist. Die Orden aber sahen sich betrogen. Sie zeigten sich verärgert von der Tatsache, dass Martin scheinbar keine Anstrengungen unternommen hatte, ihre Seite der Geschichte zu verstehen, bevor er sich der „Lautsprecher-Diplomatie“ über die Medien bedient habe.

Außerdem, ärgerten sich die Orden, in dem Kommentar von Martin fehle jedes Eingeständnis, dass sie schließlich immer unter der Autorität der Bischöfe der für sie zuständigen Diözesen gestanden hätten, und dass in vielen Fällen die Bischöfe durchaus unterrichtet waren über Missbrauch und Vernachlässigung in den Schulen ihres Zuständigkeitsbereichs; dennoch hätten sie nichts unternommen. Ebenso fehlte ihnen die Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass Martins Vorgänger im Amt als Erzbischof von Dublin ebenso Verantwortung trage. So erweckten die Orden schlussendlich den Eindruck, Erzbischof Martin nutze die Nachwirkungen des Ryan-Reports, um vorbeugend Schadensbegrenzung zu versuchen im Blick auf die erwartete Veröffentlichung des Dublin-Berichts.

Die Orden fanden wenig Unterstützung und Verständnis

Insbesondere aber spürten die Orden, dass weder der Erzbischof noch sonst jemand Verständnis hat für die äußerst komplexen Bedingungen, unter denen sie zugestimmt hatten, am staatlichen Wiedergutmachungsplan teilzunehmen. So hatte die Regierung zugestimmt, Vermögen, das den Orden gehört, als Teil der 127 Millionen Euro-Zahlung zu akzeptieren, mithin also Mittel, deren Verlust am wenigsten den unverzichtbaren sozialen Diensten schadet, die nach wie vor durch die Orden in Irland geleistet werden. Aber viel von diesem Eigentum ist rechtlich komplex in Fonds oder ähnlichem gebunden. Dieser Umstand und weniger der unterstellte Widerwillen, das Eigentum zu veräußern, waren von Seiten der Orden der Grund, dass sie noch nicht vollständig ihren Teil des Abkommens erfüllt hatten – eben das, was dem Erzbischof in seinem Kommentar so „verwunderlich“ erschien.

Mit Blick auf die Gesamtkosten für die Entschädigungszahlungen scheinen 127 Millionen Euro tatsächlich relativ wenig. Allerdings machten seinerzeit, als der Plan ausgehandelt wurde, die geschätzten Gesamtkosten nur etwa das Zweifache der von den Orden selbst gebotenen Summe aus. Während die Absprache den Orden den Schutz vor weiteren rechtswirksamen Klagen zusicherte, war zeitgleich die Schwelle sehr niedrig, Anschuldigungen gegen Ordensangehörige immer schon als glaubwürdig zu akzeptieren; in vielen Fällen galten diese als unanfechtbar. Das hieß aber auch, dass viele Ordensleute, die meinten, sich gegen bestimmte Anschuldigungen durchaus verteidigen zu können, entmutigt wurden, dieses zu tun.

Nach einer peinlichen Wochenfrist, in der die Orden auch von der irischen Präsidentin *Mary McAleese* kritisiert worden wa-

ren, die sich oder ihren Apparat sonst kaum in irgendwelche kontroverse Diskussionen einmischte, sowie einer „Vorladung“ zu einem Treffen mit Premierminister *Brian Cowen*, stimmten die Orden zu: Nämlich einer umfassenden Überprüfung ihres gesamten Vermögens mit vollständiger Offenlegung der Ergebnisse gegenüber der Regierung mit Blick auf einen deutlich höheren Beitrag zu den Wiedergutmachungszahlen an Opfer. Diese finanzielle Überprüfung läuft gerade und wird von vielen als außerordentlicher Eingriff in die Angelegenheiten einer privaten Organisation angesehen beziehungsweise als tiefgehende Demütigung der Orden.

Mittlerweile versuchen auch einzelne Bischöfe die beschädigten Beziehungen zu den Orden zu reparieren, während diese selbst bemüht sind, ihre immens beschädigte Reputation in der Öffentlichkeit wieder herzustellen. Der betrüblichste Aspekt an der ganzen Situation aus Sicht der Orden ist, dass ihre Mitglieder altern und deren Zahl immer kleiner wird. Viele der Ordensbrüder und Schwestern, die in den Medien heftig angegriffen worden waren, befinden sich in stationärer Pflege am Ende ihres Lebens. Ihr Verstörtsein über das, was geschehen ist, ist ebenso offensichtlich wie der Verlust ihres Stolzes auf Jahrzehnte eines selbstlosen Dienstes. Es ist darüber hinaus bemerkenswert, dass ausgerechnet die Orden in Schwierigkeiten geraten waren, die sich vor allem um die Armen und Benachteiligten sorgen. Die Reputation der Benediktiner beispielsweise oder der Jesuiten, deren Schulen sich meist um die Elite des Landes kümmern, blieb dagegen unbefleckt.

Die Moral liegt am Boden

Im Jahr 2002, nachdem der Bischof von Ferns, *Brendan Comiskey*, nach einem Medienbericht über das falsche Vorgehen in einer Reihe von Missbrauchsfällen durch Priester in seiner Diözese zurückgetreten war, wurde ich gebeten die Bischofskonferenz in dieser Sache zu beraten. Einer der anderen Sprecher, ein Laie, der zuständig ist für den Haushalt der Bischofskonferenz, mahnte die Bischöfe sich auf den totalen Verlust an Glaubwürdigkeit der Institution Kirche in Irland vorzubereiten. Genau dies ist jedoch tatsächlich eingetreten: ein schwerwiegender Verlust an Vertrauen, Energie, Begeisterung unter Klerikern und Ordensleuten. Engagierte Eltern erleben es als immer schwieriger, ihre Kinder zu befähigen, ihren Glauben zu leben.

Auch die Auswirkungen auf Diözesanpriester und Ordensleute können nicht überschätzt werden. Ich besuchte in diesem Frühjahr Deutschland und war geradezu erschlagen, als ich dort sah, wie normal und unbeschwert sich das Verhältnis zwischen Priestern und den Kindern und Jugendlichen ihrer Gemeinden gestaltet. Wenn man dagegen die Sakristei einer irischen Kirche betritt, stößt man auf einen Vermerk, der von jedem Priester, der eintritt, verlangt, eine Liste zu unterschreiben, in der Name, Datum und Uhrzeit festgehalten werden sowie ob Minderjährige anwesend sind.

Der Skandal hat aber auch seine enormen Auswirkungen auf die Qualität der Beziehungen zwischen Staat und Kirche. *Desmond Connell*, der emeritierte Erzbischof von Dublin und von Johannes Paul II. so sehr geschätzt, dass er ihn zum Kardinal ernannt hat, war im Amt, als viele der Missbrauchsfälle in der Diözese ans Licht kamen. Heftig wurde er kritisiert, weil er dafür sorgte, dass die staatlichen Untersuchungen der kirchlichen Aktivitäten nicht zu umfangreich ausfielen. Als es um die Veröffentlichung des Dublin-Berichts ging, zog er in einen Fall sogar gegen seinen Nachfolger Erzbischof Martin vor den Obersten Gerichtshof, um zu verhindern, dass Dateien und andere Dokumente von Priestern der Untersuchungskommission ausgehändigt werden.

Nach einer Intervention des Vatikans zog Kardinal Connell die Klage zurück und die staatliche Kommission erhielt durch Erzbischof Martin uneingeschränkten Zugang zu allen Dateien im Erzbischöflichen Amt. Nun gibt es eine ganze Reihe von Präzedenzfällen, in denen interne Angelegenheiten der Kirche zum Gegenstand umfassendster staatlicher Untersuchungen wurden – in einem Ausmaß, zu dem es keine Parallele im Umgang mit irgendeiner anderen Organisation im Lande gibt.

Jüngst musste der Bischof von Cloyne, *John Magee*, zurücktreten, nachdem er vom Vorsitzenden der kircheneigenen Kinderschutz-Agentur kritisiert worden war, bei der Inkraftsetzung von Schutzmaßnahmen in seiner Diözese Fehler begangen zu haben; Bischof Magee, der in Rom drei Päpsten als Sekretär gedient hatte, übergab die Apostolische Administration seines Bistums an den Metropolitan-Erzbischof. Ein Aspekt der gegen ihn gerichteten Rücktrittsforderung war dabei die Tatsache, dass er als Bischof auch als Letztverantwortlicher für alle katholischen Schulen in der Diözese handle.

So begann, was mittlerweile zu einer regelrechten Kampagne besonders unter Politikern der Oppositionspartei wurde, nämlich der Versuch, die staatlich geförderte konfessionelle Erziehung zurückzudrängen, wenn nicht gar ganz abzuschaffen. Diese Bewegung wird weiter an Fahrt gewinnen. Der gegenwärtige Status, wonach sich über 90 Prozent der staatlichen Grundschulen in Trägerschaft der katholischen Kirche befinden, scheint unhaltbar, wie der amtierende Erzbischof von Dublin feststellte. In jedem Fall befindet sich die Kirche selbst jetzt in einem Rückzugsgefecht, was einen überhaupt nennenswerten Verbleib in der öffentlichen Bildungsarbeit betrifft, gleich ob es um die primäre, sekundäre oder tertiäre Schulstufe geht.

Der Ryan-Bericht, der diese Kultur der Gewalt und des systematischen Missbrauchs sowie der Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen offenlegte, hat die Kirche – und das ist ein positiver Effekt – in jedem Fall gezwungen, weiterzudenken und die Vorstellung aufzugeben, dass Missbrauch nur durch „ein paar faule Äpfel im Fass“ verursacht wurde. Die Kirche lernt gerade zu akzeptieren, dass sich hier Herausforderungen an das ganze System stellen.

Dies schließt auch theologische Vorstellungen mit ein, die quasi mit dem Missbrauchs-Verhalten „unter einer Decke“ stecken: das Bild eines unbarmherzigen Gottes etwa, das verzerrte und nur negative Verständnis der Sexualität des Menschen und seines Körpers, eine Amtstheologie, die das Menschsein des Priesters missachtet, eine unzulängliche Ausbildung mit Blick auf den Zölibat sowie die mangelhafte Wertschätzung der Würde und der Rechte von Kindern.

Auch eine theologische Selbstkritik steht an

Noch vor dem Jahr 1999 hatte eine Reihe irischer Theologen begonnen, zu all diesen Themen zu forschen, aber in jener Zeit gab es unter den irischen Kirchenoberen nur wenig Akzeptanz für dieses Anliegen (vgl. *Eamonn Conway et. al.*, *Child Sexual Abuse and the Catholic Church – Towards a Pastoral Response*, Dublin 1999). Konservative Stimmen gingen gar so weit zu warnen, Missbrauchs-Opfer dürften nicht dazu benutzt werden, eine liberale Agenda zur Reform der Kirche zu fördern. Jetzt aber beginnen auch ganz gewöhnliche Laien tiefergehende und weitreichendere Fragen zu stellen.

Beispielsweise wurde ich jüngst gefragt, wie Ordensleute, die vermutlich täglich Kinder missbrauchten, gleichzeitig jede Woche zur Beichte gehen konnten. Was haben sie gebeichtet, und haben sie die Absolution erhalten? Und wenn sie den Kindesmissbrauch beichteten, warum ist es nicht ernst genommen worden? Oder haben sie es nicht gebeichtet, weil was sie taten, für sie nicht sündhaft war?

Die Gläubigen fragen auch, wie Bischöfe im Fall von Ferns in Irland, Posen in Polen oder Boston in den USA mehr oder minder die gleichen Fehler machen konnten im Umgang mit Missbrauchsvorwürfen gegenüber Priestern. Was gibt es in der bischöflichen Psyche, das sie solche Beschuldigungen leugnen oder vertuschen lässt?

Dabei stellt sich immer wieder auch die Frage nach dem Pflichtzölibat. Tatsächlich lebt die überwiegende Mehrzahl der Missbrauchs-Täter in der Gesellschaft nicht zölibatär. Deshalb kann oder sollte kein einfacher Zusammenhang zwischen sexuellem Kindesmissbrauch und dem Pflichtzölibat hergestellt werden. Zugleich müssen wir uns aber doch fragen, ob die Tatsache, dass der Zölibat verpflichtend ist, das Priestersein für Männer attraktiv ist, die sich vor Intimität fürchten oder vermeiden, sich der Herausforderung einer psycho-sexuellen Reifung zu stellen. Es scheint auch, dass die Auswahlprozesse von beschränktem Wert sind, besonders dann, wenn sie auf der Grundannahme erfolgen, dass es eben einen bestimmten Typ von Person gibt, bei dem man davon ausgehen muss, dass er potenziell ein Missbrauchs-Täter ist.

Im Zentrum der theologischen Auseinandersetzung stellen sich Fragen im Blick auf Macht und die Ausübung von Autorität. Jeder Missbrauch ist grundsätzlich ein Missbrauch von Macht. Die traurige Wahrheit dabei lautet, dass viele Priester

und Ordensleute ihre ganzen Jahre im christlichen Erziehungswesen und der sich anschließenden Ausbildung hindurch persönlich unberührt bleiben vom Evangelium. Infolgedessen erfahren sich viele Priester und Ordensleute als machtlos, schwach, nicht ausreichend genährt, unbestätigt und nicht unterstützt durch die Kirche und ihre Gemeinschaften. Mehr als alles andere verführt sie das dazu, jene zu verletzen, die noch schwächer, hilfloser sind als sie selbst. Interessanterweise kenne ich eine Reihe von Bischöfen, die zugegeben würden, in ihrem Amt gleichfalls die Erfahrung einer gewissen Machtlosigkeit zu kennen. So müssen wir uns selbstkritisch fragen, auf welche Art und Weise unsere Strukturen heute immer noch jene beschädigen und entmenslichen können, die in ihnen dienen.

Wenn wir die Kirche erneuern wollen, müssen wir ganz einfach lernen, Entscheidungen zu treffen in einer partizipativen und für Beratung offenen Art und Weise, verantwortungsbereit nicht nur quasi in der Vertikalen, sondern auch

horizontal, in Verantwortung gegenüber den Gemeinschaften, denen wir dienen.

Schließlich ist es frustrierend mit anzusehen, dass kirchliche Autoritäten sich durch öffentlichen Druck und auch durch gewisse Mechanismen in den Medien, zu einem Umgang mit Tätern in exakt der gleichen Weise einsperren lassen wie jede andere säkulare Institution es auch könnte. Zweifelsohne muss jeder nötige Schritt unternommen werden, um Kinder und verletzte Erwachsene vor Missbrauch zu schützen. Zugleich gibt es jedoch auch im Handeln Christi etwas, dem wir als Christen nachzueifern gefordert sind: nämlich den Teufelskreis zu durchbrechen von Verbrechen und Strafe, von Opfer und Täter. Die Herzmitte der christlichen Botschaft ist die Liebe, eine Liebe die schmerzhaft herausfordernd sein kann; denn sie muss konfrontiert werden mit der schlechten Tat. Die aber eine Liebe ist, die sich zugleich vergebend und heilend zeigt. Diese Liebe im Handeln der Kirche zu bezeugen und zu verwirklichen ist schwierig, aber darauf zu verzichten, wäre ein schwerer Verlust in dieser schwierigen Zeit. *Eamonn Conway*

Jenseits des Alltagsgeschäfts

Der Heilige Stuhl zur Neuordnung der internationalen Beziehungen

Der Heilige Stuhl ist als Völkerrechtssubjekt nicht nur ein herausgehobener Akteur in der internationalen Politik. Er entwickelt auch seit jeher Konzepte zur weltweiten Ordnung von Politik und Wirtschaft, die nicht zuletzt in der Sozialenzyklika Benedikts XVI. ihren Niederschlag gefunden haben und durchaus diskussionswürdig sind.

Mit der Enzyklika *Caritas in veritate* (vgl. HK, August 2009, 380ff.) hat Benedikt XVI. die grundlegenden Positionen der katholischen Kirche zu den drängenden Fragen der gesellschaftlichen und politischen Gegenwart vor dem Hintergrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise nochmals zusammengefasst und aktualisiert. Der

Heilige Stuhl hat damit seinen Anspruch unterstrichen, auf der Basis der katholischen Soziallehre aktiv an der Diskussion um fundamentale Fragen der Menschheit teilzunehmen und damit zugleich eine bedeutende, selbst definierte Rolle im Hinblick auf die ethisch-moralischen Aspekte

jedoch möglicherweise an medienwirksamen Neuerungen und Konkretisierungen.

So wurde verschiedentlich der Verweis Benedikts XVI. auf die Notwendigkeit einer „echten politischen Weltautorität“, um „die Weltwirtschaft zu steuern, die von der Krise betroffenen Wirtschaften zu sanieren, einer Verschlimmerung der Krise und sich daraus ergebenden Ungleichgewichten vorzubeugen, um eine geeignete vollständige Abrüstung zu verwirklichen, die Sicherheit und den Frieden zu nähren, den Umweltschutz zu gewährleisten und die Migrationsströme zu regulieren“ (*Caritas in veritate*, Nr. 67) als zu vage und abstrakt für eine praxisorientierte Reformpolitik auf globaler Ebene kritisiert.

Tatsächlich gibt es durchaus zwei unmittelbare Anknüpfungspunkte für konkretere Positionierungen des Heiligen Stuhls in dieser Frage: Zum einen hat der Heilige Stuhl als einziger nichtstaatlicher Akteur eine Position als den Staaten gleichgestellter Beobachter bei den Vereinten Nationen inne und nutzt

Ralph Rotte (geb. 1968), Dipl. Politikwissenschaftler und Dipl.-Volkswirt, promovierte und habilitierte an der Universität der Bundeswehr München und ist seit 2001 Univ.-Prof. für Politikwissenschaft/Internationale Beziehungen an der RWTH Aachen.

einer humanen Politik zu spielen. Wie die ambivalenten Reaktionen in der Öffentlichkeit zeigen, mangelt es seinen Positionen